

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Pettizelle 20 Pfennige; Vereinsanzeigen 10 Pfennige. Sämtliche Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. Die Hilfsarbeiterfrage. — Unternehmerterrorismus. — Teure Zeiten. — Korrespondenzen (Grimmichau, Frankfurt a. M., Bremen, Augsburg, Berlin I, Potsdam, Dresden). — Rindichau. — Anzeigen.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

An unsere Ortsverwaltungen.

Um die Verleitung der Beitragsmarken möglichst geregelt vornehmen zu können, ersuchen wir die Ortsverwaltungen um Angaben über die Zahl der Mitglieder, die voransichtlich den einzelnen Beitragsklassen angehören werden. Darauf bezügliche Mitteilungen sind an den Verbandskassierer zu richten.

Frankfurt a. M. Kassierer Joseph Thomas, Schulstraße 52.

Augsburg. Vorl. Xaver Hohenbart, Frauenvorstraße 21. — Kassierer: Karl Wielenfahrt, Georgenstraße 69.

Potsdam. Vorl. Richard Bathe, Rynawes, Louisenstr. 43.

Die Hilfsarbeiterfrage.

II.

„Es wird noch mancher Tropfen ins Meer fließen, ehe wir mit den Buchdruckern in dieser Frage zu einer Verständigung gelangen werden“, schrieb vor einigen Wochen die „Solid.“ anlässlich einer Besprechung über die Verhandlungen unseres Verbandstages in Halle a. S. Anknüpfend daran wollen wir, nachdem wir in voriger Nummer unseren Standpunkt den Prinzipalen gegenüber dargelegt haben, dieselbe Frage bezüglich der uns nahe stehenden Arbeiterberufsorganisationen beleuchten. Während es gelungen ist, mit den Steindruckern eine Verständigung über die Taktik bei Lohnbewegungen herbeizuführen, ist in dieser Hinsicht den Buchdruckern gegenüber immer noch das Gefühl einer gewissen Unsicherheit vorherrschend, das durch die Ausführungen des Buchdruckervertreters auf unserem Verbandstage nicht gebannt wurde. Mag sein, daß seine Ausführungen durch eine gewisse deprimierte Stimmung beeinflusst wurden, in die er durch die verchiedentlichen Anklagen gegen Angehörige seiner Organisation hineingerast worden sein mag, nun, die Klagen waren berechtigt und man kann uns wohl kaum die Berechtigung absprechen, daß wir diejenigen öffentlich bloßstellen, die unserer Organisation schweren Schaden zufügen und sich dann, weil sie das, was sie getan, nicht selbst verantworten mögen, hinter ihren Tarif verstecken. Wir sind sogar der unmaßgeblichen Meinung, daß der Buchdruckerstand selbst im innersten Dergen es vermerkt, wenn ein Maschinenmeister den um Lohnforderungen streifenden Hilfsarbeitern in den Rücken fällt, indem er Hilfsarbeiterarbeit verrichtet und womöglich gar Streikbrecher, die vom Buchdruck keine Ahnung haben, fürsorglich in alle Materien des Handwerks einweist. Und da ein jeder gewerkschaftlich organisierte diese Handlungsweise verurteilen wird und muß, da drängt sich uns die Frage auf: „Wo sind denn eigentlich die unerfüllbaren Forderungen, die wir stellen?“ Metzger sagt in seinem Nachwort über die Generalversammlung der Buch-

drucker, daß sie gewisse Rücksichten auf die Interessen ihrer großen Organisation und ihren Tarifvertrag nehmen müssen, wodurch ihnen verlagert bleibt, jeden Wunsch und jedes Verlangen der Hilfsarbeiter zu erfüllen. „Die Art und Weise, wie — der Berichterstattung Eifers und den ergänzenden Ausführungen Lödieses zufolge (welch letzterer nach der Behauptung seines Blagnachbars in Halle während der Buchdruckerdebatte garnicht anwesend war) — auf dem Kongresse der Hilfsarbeiter in Halle a. S. über die Buchdrucker gerichtet worden ist, sowie das verchiedentliche Verhältnis der „Solid.“ sind nun einmal nicht dazu angetan, uns mit liegenden Bahnen in das Lager der Hilfsarbeiter marschieren zu lassen.“ — Wir haben in Halle parteiilos die Fälle debattiert, die uns bekannt wurden, und daß wir zu einer Beurteilung der betreffenden Buchdrucker gelangten, lag doch nicht an dem bösen Willen der Generalversammlung, sondern an der falschen und unsolidarischen Handlungsweise der Betroffenen und wenn die Buchdrucker meinen, daß sie uns nicht jeden Wunsch und jedes Verlangen erfüllen können, so müssen wir die Forderungen eben einmal genau formulieren und sie von allen Seiten betrachten, um herauszufinden, was eigentlich Unerfüllbares daran ist. Häufig wird von den Buchdruckern gesagt, wir können doch nicht mit dem Hilfspersonal streifen! — — Nun, das haben wir auch noch niemals verlangt, während es umgekehrt in letzter Zeit vereinzelt vorgekommen ist, daß das Hilfspersonal aus Solidarität mit den Buchdruckern die Arbeit niedergelegt hat, ohne erst die Einwilligung des Vorstandes abzuwarten. Es ruht eben auf Mißverständnissen, wenn von jener Seite immer behauptet wird, wir wollen, daß die Buchdrucker mit uns herausgeben. Das sollen sie garnicht; was wir verlangen ist nur, daß sie es verweigern, Streikarbeit zu verrichten, mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten und solche anzuerkennen. Und wir können beim besten Willen in dieser Forderung nichts Unbilliges erblicken. Sie ist u. G. nach das Grundgesetz der Solidarität unter der Arbeiterchaft und die Erfüllung desselben können und müssen wir verlangen.

Unsere Vorsitzende war nun auf der Generalversammlung der Buchdrucker anwesend und hat dort mitgeteilt, die „Hilfsarbeiterfrage“ zu beraten. Und das Endergebnis derselben war die Resolution, die schon in Nr. 15 der „Solid.“ gelegentlich der Berichterstattung über die Verhandlungen von der Generalversammlung der Buchdrucker gebracht wurde.

„Die Leitung der Hilfsarbeiterorganisation wird klug genug sein, bei diesem erzielten Resultate Befriedigung zu fassen!“ schrieb dazu der „Correspondent“. Es wäre ja auch awedlos, wenn wir es nicht täten, aber gibt die Resolution irgend einen Fingerzeig, daß unsere oben formulierten Forderungen anerkannt werden? Der erste Teil erklärt es als selbstverständliche Pflicht der Buchdrucker, die Bestrebungen des Hilfspersonals zu unterstützen. Daß dies im allgemeinen bisher geschehen ist, verdient unsere volle Anerkennung und haben wir das auch noch nie mit „unverdientem Un dank“ vergolten. Daß die Buchdrucker uns auch zur Zeit behilflich sind, unsere Lebenslage zu verbessern, beweisen uns einige neuere Zahlstellen unseres Verbandes, deren Vorstandsposten von Buchdruckern be-

setzt sind. Diese verdienen unsere Anerkennung um so mehr, als sie durch ihre Tätigkeit in unserer Organisation teilweise mit der ibrigen sogar in Differenzen geraten sind. Daß wir auch in Zukunft auf die Mithilfe der Buchdrucker rechnen können, ist uns ein beruhigendes Zugeständnis, denn die stramme Organisation der Buchdrucker wird es manchem Hilfsarbeiter und mancher Arbeiterin erleichtern, den solidarischen Gedanken zu erfassen. — Daß der zweite Teil der Resolution seine vollkommene Berechtigung hat, geben wir ohne weiteres zu, denn aktives Eintreten darf nicht ohne Einwilligung des Verbandes geschehen. Die Resolution an und für sich hat unser volles Einverständnis, nur eins vermischen wir, und das ist das Eingeben auf unsere obige Forderung. Doch was nicht ist, kann ja noch werden, sind wir doch in letzter Zeit ein ganzes Stück im Miteinanderarbeiten näher gekommen, denn was in früheren Jahren nicht geschehen, in diesem Jahre ward's getan: die Buchdrucker sandten ihren Delegierten zu unserem Verbandstage und wir waren auf der Generalversammlung der Buchdrucker vertreten. Auch der „Correspondent“, der ja doch „unbeirrt und unbeeinflusst“ keine Schuldigkeit im Interesse des Verbandes und seiner als richtig anerkannten Taktik“ tut, behandelt in seinem „Nachwort“ die Hilfsarbeiterfrage in ungewohnt veröhnlichem Sinne. Wir dürfen uns somit der Hoffnung hingeben, daß sich auch noch ein Weg finden wird, auf dem sich gemeinsam wandeln läßt. Die Ausübung der Resolution im Sinne des „Corresp.“ ist dazu angetan, die beiden Organisationen einander näher zu bringen und mit einigem Entgegenkommen von beiden Seiten werden sich auch mehr Verührungspunkte finden lassen, um die Annäherung nach und nach zu vollziehen. Und es gibt der Verührungspunkte genug. Fragen verwaltungstechnischer Natur liegen sich sehr wohl gemeinsam erledigen. Uns wäre z. B. sehr gebiet, wenn ein gemeinsames Arbeiten bei statistischen Maßnahmen, wie sie die Zentralkommission der Maschinenmeister für das nächste Jahr beabsichtigt, möglich gemacht würde. Der Erfolg würde jedenfalls größer sein und für zwei Organisationen lägen Resultate vor, die jedes für sich von größtem Nutzen sein könnten und eines für das andere des Interesses nicht entbehrten. Jedenfalls wäre das ein weiterer Schritt des Zusammengehens beider Organisationen und wohl geeignet, die Hilfsarbeiter und die Maschinenmeister, bei denen infolge des eigenartigen Arbeitsverhältnisses häufig kleinere oder auch größere Differenzen vorkommen, einander näher zu bringen. Versuchen wir daher einen gemeinsamen Weg auch gemeinsam zu wandeln. „Vorkommnisse, welche das Verhältnis zwischen uns zu trüben imstande wären, müssen sorgsam vermieden werden und maßvolles Handeln auf beiden Seiten wird auch hier alle Schwierigkeiten überwinden.“ Diese Worte, vom Maschinenmeister Kräfte gelegentlich des rheinisch-westfälischen Maschinenmeistertages gesprochen, sollen uns zur Richtschnur dienen und wir glauben annehmen zu dürfen, daß sich auch die Buchdrucker der Meinung ihres Kollegen anschließen. Allerdings hoffen Kräfte sowohl als Metzger auf „Eintreten des Friedens im Gewerbe“ mit der Erneuerung und Vertiefung unserer Organisation. Daß wir dazu gelangen werden, beweisen die Fortschritte, die unter Verbond bisher gemacht hat, selbstverständ-

lich wissen wir, daß es ~~noch~~ länger und schwieriger Arbeit bedarf, um zur Reife zu gelangen. Doch auch dahin werden wir kommen und mit dem Ziel vor Augen, einst alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen unter unserer Fahne zu vereinigen, treten wir getrotzt die Arbeit an.

Unternehmerterrorismus.

Die Lohnkämpfe innerhalb der letzten Zeit haben eine derartige scharfe Form angenommen, daß es wohl angebracht ist, sich einmal näher mit denselben zu beschäftigen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter haben lange Jahre gebraucht, ehe sie einen derartigen Höhepunkt erreichten, als wir wir ihn jetzt zu vergleichen haben; es hat eine unermüdete Agitationsarbeit aufgewendet werden müssen, ehe diese 1 1/2 Million Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb Deutschlands den modernen Verbänden als Mitglieder zugeführt werden konnten. So mühevoll und beschwerlich, wie diese Aufklärungsarbeit nun gewesen und wie lange ihr Erfolg auf sich warten ließ, so ist doch die erfreuliche Tatsache wahrzunehmen, daß die Einsicht unter der indifferenten Masse immer mehr Platz greift, daß nur durch den engen Zusammenschluß der Berufsgenossen innerhalb einer Organisation die Löhne, die Arbeitszeit und somit die ganze Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zu verbessern sind, und daß ohne das Vorgehen der Gewerkschaften die Existenzbedingungen der Arbeiterschaft noch viel trauriger und menschenwürdiger wären, als wie sie augenblicklich zu verzeichnen sind.

Unter Unternehmertum vertritt, mit ganz geringen Ausnahmen den Standpunkt, soviel wie möglich Profit aus der menschlichen Arbeitskraft herauszuschinden, damit es in kurzer Zeit recht viel Kapital zusammenhäufen kann, um einerseits ihr Leben und das ihrer Angehörigen in verweichlicher Weise genießen und andererseits durch den Besitz derselben tonangebend in ihren Kreisen wirken zu können; sie kümmern sich den Teufel darum, ob bei dieser von ihnen gehandhabten Ausbeutung, verbunden mit geringer Entlohnung, die arbeitenden Klassen dem körperlichen und geistigen Ruin entgegengehen, in ihrer Profitgier werden von ihnen die geringsten Gebote der Menschlichkeit mit Füßen getreten. Von den Worten der Bibel: „Liebe deinen Nächsten als dich selbst“, welche von der kapitalistischen Klasse in den Wohltätigkeitsvereinen, deren Mitglieder zu sein ja zum guten Ton gehört, immer im Munde geführt werden, davon ist in den Fabriken und sonstigen Unternehmungen in der Praxis überhaupt nichts zu spüren. Im Gegenteil, hier wird die Gesundheit und das Leben von Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen untergraben und zugrunde gerichtet.

Es wird ja nun von den verschiedensten Seiten der Arbeiterschaft vorgebracht, daß die Fabrikherren, die Prinzipale das Wohl ihrer Arbeiter vor allem im Auge hätten, daß sie stets und ständig darauf bedacht seien, das Leben des Arbeiters durch gute Entlohnung, soweit es die Konkurrenz zuließe, menschenwürdiger zu gestalten. Doch das alles sind nur Phrasen und leeres Gerede, bestimmt, die Arbeiterschaft einzulullen, zu täuschen und zu gebulden Ausbeutungsobjekten zu erziehen; denn wenn wir in der Wirklichkeit Umschau halten, so sehen wir, daß ein Bruchteil der Menschheit, die Industriellen, die Agrarier usw., durch die enormen Summen, welche ihnen ihre Unternehmungen abwerfen, in den Stand gesetzt werden, ein verschwenderisches und luxuriöses Dasein zu führen, während die große Masse der arbeitenden Klasse nur notdürftig ihre Lebensbedürfnisse befriedigen kann.

Diese wirtschaftlichen Gegensätze einerseits, sowie die Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften andererseits haben es mit sich gebracht, daß immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen sich denselben anschließen. Diese Mitgliederzunahme der gewerkschaftlichen Verbände ist nun dem Unternehmertum ein Dorn im Auge. Die Unternehmer haben schon längst verstanden, diese Entwicklung auszuhalten und zu verhindern, aber bisher immer mit wenig oder gar keinem Erfolg. Es ist doch eine altbekannte Tatsache, daß, je mehr man derartige Bewegungen zu unterdrücken sucht, sie desto riesigere Fortschritte machen. Nun hat das Unternehmertum die Hände ja auch nicht in den Schoß gelegt, sondern hat sich zu Verbänden vereinigt, um durch gemeinsame Kraft

die angebliche Willkür der Arbeiterschaft abwehren zu können. Es sind die sogenannten Scharfmacherverbände entstanden, welche sich zur Aufgabe gemacht haben, die Arbeiter in ihren Bestrebungen, ihre Lebenslage zu verbessern, zu hindern und sie dadurch auf einem wirtschaftlichen Tiefstand zu erhalten; weiter beabsichtigt man, den Arbeitern zu verbieten, sich einer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, mit anderen Worten, man will ihnen das gesetzlich gewährleistete Recht der Vereinigung nicht gestatten, wie uns ja die neuerdings stattgefundenen und noch bestehenden Lohnkämpfe der Metallarbeiter in Bayern, der Bauarbeiter im Rheinland und der Kärntnerarbeiter in Mecklenburg zur Genüge beweisen. Wir sehen hierbei, mit wie brutaler Macht diese Unternehmerverbände gegen die Arbeiter vorgehen, nur einer geringen Lohnforderung halber, im anderen Falle, weil sie den vereinbarten Tarif einhalten, werden tonend und abertausend Familienväter auf das Klaster geworfen, dem Hunger preisgegeben und ins Elend gestürzt. Welchem Klassenbewußten Arbeiter und welcher Arbeiterin sollte über die Prozenzhaftigkeit und den Terrorismus dieser Scharfmacher, welche über unzählige Arbeiterexistenzen hinwegstreiten, ehe sie nur einen Teufel von ihrem eingebildeten Herrenstandpunkt abgeben, nicht die Hornesaber andrehen? Bei diesem so offen angewandten Terrorismus der Arbeitgeber kommt man unwillkürlich auf den Gedanken, ist die Regierung, sind die Behörden nicht dazu da, diejenigen zu schützen, die an der Ausübung eines ihnen vom Gesetz erlaubten Rechtes verhindert werden? Leider leben wir in einem Klassenstaat, in welchem das Wort: „Gleiches Recht für alle“ nur auf dem Papiere zu finden ist, und wo ein sächsischer Minister die Worte prägte: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe“.

Täglich kann man in den Tageszeitungen lesen, was für harte und dem Arbeiterempfinden widersprechende Urteile unsere heutige Klassenjustiz gegen Arbeiter ausspricht, die sich bei Streiks erlaubt haben, den oder jenen Arbeitswilligen über die Scholke aufzuklären; ja, sogar die Streikkomitees, die Verwaltungspersonen der im Kampfe stehenden Gewerkschaften hat man verhaftet und wochenlang in Untersuchung behalten, um dadurch den wirtschaftlichen Kampf zu erschweren, wenn nicht gar illusorisch zu machen. Hat man aber schon einmal gehört, daß die Behörden mit den Leitungen der Unternehmerverbände so ungesprungen wären? Oder daß einem Prinzipale, der seinen Arbeitern ein Schriftstück vorlegte, laut dem sie erklären, keiner gewerkschaftlichen Organisation mehr anzugehören, jemals ein Daar gekrümmt worden sei? Bebel sprach einmal im Reichstage das treffende Wort aus: „Die Regierungen sind die Kammern der herrschenden Klasse“. So auch in diesen Fällen; denn wollten die Behörden die Strenge des Gesetzes gegen die Unternehmer anwenden, dann würden sie sich mißliebige und unmöglich machen. Ist es neuerdings nicht zu verzeichnen, daß der Bauarbeitgeberverband vom Rheinland bei der Regierung Beschwerde geführt hat über den Oberbürgermeister von Offen, sowie den Regierungspräsidenten der Provinz, weil diese beiden den scharfmacherischen Willen dieser Herren einen Raum anlegten?

Wir leben aus all diesen Ereignissen der letzten Zeit, daß man es nur darauf abgesehen hat, die gewerkschaftlichen Organisationen zu vernichten, um die Ausbeutung der Arbeitermassen rücksichtslos und ohne Widerstand betreiben zu können. Wie können nun die arbeitenden Klassen ein derartig behaftetes Attentat auf ihr heiligstes Gut, das Koalitionsrecht verhindern? Vor allem sind sie in diesem Kampfe nur auf sich selbst angewiesen, denn von der Regierung haben sie keine Hilfe zu erwarten, wie ja die angegebenen Beispiele und der Textilarbeiterstreik in Crimmitschau, sowie der Bergarbeitersstreik im Ruhrgebiet beweisen, wofür selbst man, anstatt vermittelnd einzugreifen, nichts Giltigeres zu tun hatte, als Gensdarmen in Massen in die betreffenden Bezirke zu schicken, damit ja der Staat nicht umgestürzt würde. Der Staat selbst als größter Arbeitgeber gestattet seinen Arbeitern nicht, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Wir Arbeiter und Arbeiterinnen müssen zunächst mit aller unserer Kraft dahin wirken, unsere Verbände zu stärken und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Angehörige unseres Berufs sich unseren Reihen angeschlossen hat. Natürlich ist das keine

leichte Arbeit, denn der Indifferentismus, die Gleichgültigkeit gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation unter den noch nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen ist noch sehr groß; trotzdem soll das niemanden abhalten, den Organisationsgedanken in die noch gleichgültigen Massen zu tragen, damit unsere Verbände sich zu einem Vollwerk entwickeln, an dem das Unternehmertum mit seinen Versuchen, das Vereinigungsrecht den Arbeitern zu rauben, abprallt.

Wenn wir nun einen Schritt weiter gehen und uns zunächst die Situation in unserem eigenen Bezirk betrachten, so tritt uns die Frage näher, haben wir derartige Uebergriffe von seiten des graphischen Unternehmertums zu erwarten? Mäher Leser und manche Leserin werden sagen, unsere Prinzipale sind Diplomaten, welche auf tariflichem Wege die Verhältnisse ordnen und somit die Arbeiterorganisationen als gleichberechtigt anerkennen. Ja gewiß, bis jetzt sind wenigstens mit einem Teile der graphischen Arbeiter Tarife abgeschlossen worden, aber was wird die Zukunft bringen? Wir müssen uns vor Augen führen, daß ein großer Teil unserer Arbeitgeber jetzt ein ganz anderer ist, als wie früher, denn verschiedene graphische Unternehmungen haben sich doch erst in neuerer Zeit zu Maschinenbetrieben entwickelt und wer steht an der Spitze derartiger Druckereien? Reservelieutenants und Doktoren aller möglichen Wissenschaften! Und selten einmal Leute, die den Druckereibetrieb aus eigener Arbeit kennen und gelernt haben, mit Klassenbewußten Arbeitern umzugehen. Wie kann man von diesen Persönlichkeiten, welche mit rüchständigen Ideen vollgepfropft und mit angeborenem Herrendübel behaftet sind, ein Verständnis für die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter verlangen? Für diese gilt nur der Standpunkt: „Wir sind Herren im Hause, und wer sich nicht fügt, der fliegt.“ Haben wir graphischen Hilfsarbeiter in letzter Zeit nicht genug Proben derartig scharfmacherischer Uebergriffe erfahren müssen? Es würde zu weit führen, wollte ich dieselben hier alle einzeln ausföhren, den eifrigen Lesern unseres Verbandsorgans sind sie ja hinlänglich bekannt. Und um derartige Schläge mit genügender Kraft von uns abwehren zu können, müssen alle unsere Kolleginnen und Kollegen erkennen, daß es unsere wichtigste und vornehmste Aufgabe ist, unsere Organisation zu stärken und zu kräftigen, damit wir im gegebenen Moment unseren Verband als schneidende Waffe gegen scharfmacherische Gelfüste und Terrorismus des Unternehmertums gebrauchen können.

Teure Zelten.

„Es gibt keine Fleischnot, höchstens eine Fleischteuerung.“ Also sprach Bobbeiski — und da dieser als Schweinegüchter ein großes Wissen muß, so ist alles Klagen über teure Fleischpreise nichts weiter als Abgesei und Bob legt sich mit einigen schlechten Wigen und der besten Ueberzeugung, daß alles in bester Ordnung sei, über alle Klagen hinweg. Nun — die Hausfrauen mögen etwas anders darüber denken, ihnen legt diese Teuerung schwere Sorgen auf; die Familie so zu ernähren wie bisher, ist bei dem sich gleich gebliebenen Einkommen nicht möglich, sie mit minderwertigen Nahrungsmitteln zu sättigen, ist nicht ratsam, wegen Befürchtung der voranzulebenden Folgen, Entkräftung und Widerstandsunfähigkeit gegen Krankheiten. Aber was tun? Wenn die Teuerung noch auf das Fleisch beschränkt geblieben wäre, aber bei unserem modernen Wirtschaftssystem sind eben alle Produktionszweige mehr oder minder eng verflochten und die Kriege auf einem Gebiete zeitigt ihre Folgen auf scheinbar ganz abseits liegenden Branchen. Und so kann man es wohl als eine unmittelbare Folge der Fleischnot ansehen, wenn Geflügel, Fische, Eier teurer werden; sogar das Mollisch hat eine Preissteigerung erfahren; die Butter, das Mehl hat höhere Preise und das Brot kleinere Formen. Nicht nur auf Lebensmittel, auch auf die Industrien wird die Teuerung übergeben und schon läßt sich der Verband thüringischer und sächsischer Leberfabrikanten also vernehmen:

„Die Preise für Schlachtvieh haben einen enorm hohen Stand erreicht, und es ist ganz zweifellos, daß die Hautpreise infolge des zu erwartenden schwachen Angebots ebenfalls stark ansteigen werden. Um nicht weiter verlustbringend zu arbeiten,

müß daher die Lederbranche die Preise um 3 resp. 5 Mark pro Zentner sofort erhöhen."

Natürlich ist die Bevölkerung trotz Robbielskis Verhöhnungsergehen nicht stille; aus allen Teilen des Landes erklingen gemaltige Stimmen, welche bitten und fordern, die Not zu beendigen durch Öffnung der Grenzen. Die thüringischen Stadtgemeinden sind sogar telegraphisch beim Reichskanzler und der Bundesregierung vorstellig geworden, ebenfalls für Öffnung der Grenzen sprach sich die Stadtverordnetenversammlung von Solingen aus. Der Magistrat von Göttingen beschloß, gemeinschaftlich mit anderen hannoverschen Städten eine Eingabe zur Linderung der Fleischnot an die Staatsregierung zu machen; Dortmund hat beantragt, die Grenzen von Dänemark und Holland wenigstens auf einige Monate zu öffnen.

Wenn die Agrarier recht sehr schreien, haben sie immer was bekommen; wenn nun sämtliche Stadtväter schreien, ob's dann auch was gibt? Vielleicht Stochschläge auf den Magen!

Daß auch die Bevölkerung nicht ruhig ist, sieht man täglich in den Zeitungen, einige besonders markante Fälle finden die Leser auch an anderer Stelle dieses Blattes. Recht charakteristisch für die „nicht vorhandene Fleischnot“ ist eine Eingabe der Stadtverwaltungen Oberhessens, in derselben heißt es: „Die Arbeiter einer Grundverwaltung beziehen bereits die Fleischabfälle aus Konjunkturfabriken, eine unserer Erachtens menschenwürdige Nahrung, um ihren Familien überhaupt den Fleischgenuß zu ermöglichen. Die Arbeiterchaft beginnt im allgemeinen in ihren Versammlungen für Lohnbewegungen einzutreten, so daß das ganze wirtschaftliche Leben einer industriellen Krise entgegengehen muß, wenn keine Hilfe wird.“ Und die im Laufe des letzten Jahres erzielten Lohnerhöhungen? Auch die Buch- und Steindruckereibeschäftigung hat an vielen Orten, teils mit, teils ohne Kampf Erhöhungen seiner Löhne durchgesetzt und wo bleibt jetzt die daraus folgernde Verbesserung der Lebenshaltung? Der Schlotbaron hat's gegeben, der Zunker hat's genommen, Robbielski sei gelobt!

Korrespondenzen.

Crimmitschau. Versammlung vom 1. August. Kollege Vogel eröffnete die heute nur schwach besuchte Versammlung und geizelte mit scharfen Worten den schlechten Versammlungsbesuch. Nach Verlesung des Protokolls wurden drei Mitglieder aufgenommen, wogegen 3 Mitglieder wegen Verunsicherung sich abgemeldet haben. Vom Vierteljahresbericht des Kassierers wird mit Verriedigung Kenntnis genommen. Der Bewegungszustand ergibt 13 Abmeldungen, denen 3 Aufnahmen gegenüber stehen. Zu Unterfassen sind die Kolleginnen Schulze und Scherbaum gewählt. Nachdem die Wahl einer Reichsverdekkommission vor sich gegangen, empfiehlt Kollege Vogel Anschaffung der Gewerbeordnung, des Straßengebüchses und des Protokolls vom Gewerkschaftsangehör. Ein Antrag, die Versammlungen am zweiten Dienstag im Monat abzuhalten, wird angenommen. Eine lebhafteste Debatte rief der Ausperrungsbeschluß der lachlich-thüringischen Färberei- und Weichereibetriebe hervor. Die nächste Versammlung findet am 12. September, abends 8½ Uhr, statt.

Frankfurt a. M. Versammlung vom 6. August. Nach Verlesung des Protokolls berichtete der Vorsitzende Kollege Walb, daß unsere Zahlstelle nunmehr aus 73 Mitgliedern besteht. Er kritisiert die zum Teil noch sehr säumige Beitragszahlung der Mitglieder und macht bekannt, daß unser Stiftungsfest am 7. Oktober gefeiert wird; er bat die Mitglieder, das Fest durch Geschenke für die Tombola zu verschönern. Die Agitationskommission machte bekannt, daß die Verteilung der Flugblätter vorgenommen werden soll und erwiderte die Kollegen, sich recht zahlreich an der Verbreitung zu beteiligen. An Stelle des Kollegen Gersting, der seine Klemme niedergelagt hat, wurde Kollege Heintze als Weisiger im Vorstand und gleichzeitig als Kartellbelegter gewählt. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Bremen. Generalversammlung vom 12. August. Nach der um 8 Uhr erfolgten Eröffnung wurde die Abrechnung verlesen und der Bericht der Revisoren entgegengenommen; sodann gibt Kollege Schab eine kurze Übersicht über die Tätigkeit des Vorstandes im verfloßenen Jahre und schließt daran die Wahlung an die Mitglieder, den neuzuwählenden Vor-

stand im kommenden Geschäftsjahr mehr wie bisher zu unterstützen, besonders bei der Agitation. Für jetzt sei schon zu konstatieren, daß die Mitgliederzahl wieder im Steigen begriffen sei; aber die Agitation müsse zur dauernden Einrichtung werden und jedes Mitglied muß nach Kräften hierbei helfen. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Kollege Schab 1., Kollege Hoffe 2. Vor.; Kollege J. Werner 1., Kollege Schwering 2. Kassierer; Kollege Falkmann 1., Kollege A. Werner 2. Schriftführer; Revisoren: Kollege Hillmann, Kollege A. S. Martellbelegierte; Kollege Hoffe, als Stellvertreter Kollege Buchart. Dann wird angesetzt, das 5. Stiftungsfest im September im Vereinshaus abzuhalten, weil dieses Lokal im Mittelpunkt der Stadt liegt. Eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen erboten sich, bei den Druckerwerbungen zu helfen. Schluß 7 Uhr.

Augsburg. Um hierelbst wieder eine Zahlstelle unseres Verbandes zu gründen, wurde am 10. August eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher Kollege Schmidt-Münden ein Referat hielt, in welchem er in zweifelsprechender, aufklärender Weise den ca. 30 Anwesenden den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen führte und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen auch in unserer Berufsbeziehung, indem er durch verschiedene drastische Beispiele die traurigen Verhältnisse für das Hilfspersonal in Augsburg zur Kenntnis brachte. Nach längerer Diskussion erklärten sich die Anwesenden zur Gründung der Zahlstelle Augsburg bereit und wurde sogleich die Kandidatwahl vorgenommen, welche sich glatt vollzog. Vorsitzender ist Faver Bogenhart. Das Verbandslokal befindet sich im Prügelbau, 1. Stock.

Berlin, Zahlstelle I. Versammlung vom 9. August. Dieselbe war recht gut besucht und teilte die Vorsitzende zunächst mit, daß schon wieder eine Kollegin, Namens Elie Krohn, durch den Tod aus unseren Reihen gerissen wurde, und ehrte die Versammlung das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. Zum ersten Punkt machte die Vorsitzende zunächst Mitteilungen von den in den letzten Wochen erfolgten Verhandlungen, welche teils um die bevorstehende Beitragserhöhung, teils um die Anlageapparaturfrage und auch um Lohn-erhöhung erforderlich waren; dabei anführend, wie es immer und überall unsere Ehrenaufgabe sein soll, die Anlageapparaturfrage im Sinne der am 25. Oktober 1903 in den Arminhallen gefassten Resolution zur Durchführung zu bringen. Ferner ist in der schlechten Geschäftszeit von Kolleginnen in einigen Druckereien, um Entlassungen vorzubeugen, stets unrichtig ausgelegt worden und erhielten die betreffenden Kolleginnen, sofern sie die entsprechende Zeit Mitglied waren, Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt; leider ist verjährt worden, damit Mißbrauch zu treiben und erklärt die Vorsitzende, daß in diesen Fällen Arbeitslosenunterstützung nur dann ausbezahlt wird, wenn nachgewiesen werden kann, daß die betreffende Kollegin nur aussteigt, um Entlassungen vorzubeugen. Zahlstelle II konnte in ihrer letzten Versammlung trotz wiederholter Aufforderung keine Mitglieder finden, die sich bereit erklärten, ein Amt im Vorstandsvorstand anzunehmen und waren wir daher verpflichtet, hierin auszuweichen. Gewählt wurden die Kolleginnen Hornuth und Garbe; Michelmann in die Revisionskommission und Michaelis in die Redaktionskommission. Der Kollege Wolffert, welche in voriger Versammlung in den Vorstandsvorstand gewählt war, wurde das Amt genommen, weil sie ihre Pflicht nicht erfüllt hat. Zum dritten und wichtigsten Punkt wurde nach ausgiebiger Diskussion, worin die Meinungen ausnahmslos die waren, daß, nachdem Jahre lang die Beiträge nicht erhöht wurden, dagegen aber, dank der festgesetzten Organisation und der unermüdbaren Tätigkeit des Vorstandes, die Löhne ständig gewachsen sind, eine Erhöhung der Beiträge jetzt ohne Frage am Platz ist. Demgemäß wurde beschlossen, bis zu einem Wochenverdienst von 15.— Mk. 30 Pf. Beitrag und über 15.— Mk. 40 Pf. Beitrag zu erheben, wovon 25 resp. 30 Pf. an den Verband abzuliefern sind. Die Erhöhung der Beiträge tritt mit dem 1. Oktober 1905 in Kraft. Entsprechend den erhöhten Beiträgen werden auch die auf dem letzten Verbandstag in Halle beschlossenen Unterstützungssätze ausbezahlt.

Potsdam. Am Sonntag, den 13. August, sprach Kollege Hanna in einer Versammlung in Nowawes über das Thema: „Warum müssen wir uns organisieren?“ Es wurde dort beschlossen, eine Zahlstelle zu gründen, welche den Namen trägt: Potsdam und Umgegend. Zur Aufnahme meldeten sich 7 Kollegen, so daß die Zahlstelle gegenwärtig 17 Mitglieder zählt. Als Vorsitzender wurde Kollege Pathe, als Schriftführer Kollege Ambos und als Kassiererin Kollegin Emma Nahe gewählt. Die Versammlungen sollen abwechselnd in Potsdam und

Nowawes abgehalten werden. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 3. September, vormittags 9½ Uhr, in Nowawes, Priesterstr. 31, im Restaurant Volksgarten statt.

Dresden. Versammlung vom 15. August. Die Tagesordnung lautete: 1. Wie stellen sich die Mitglieder zur Neuregelung des Arbeitsnachweises? 2. Gewerkschaftliches. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebührt der Vorsitzende in warmen Worten des verstorbenen Kollegen Max Klare und erheben sich die Versammelten zu Ehren desselben von den Plätzen. Sodann schildert Kollege Herrmann in klarer und leichtverständlicher Weise den Wert des Arbeitsnachweises für die Arbeiterorganisationen, wie er die Kollegenschaft viel leichter an den Verband gewöhne und mit Leichtigkeit neue Mitglieder heranziehe. Vom eigenen Arbeitsnachweis aus ist die Organisation sehr wohl imstande, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, ohne erst schwere Kämpfe heraufzubekommen, und außerdem ist durch denselben die Gewerkschaft imstande, den Arbeitsmarkt vollständig zu überblicken und dadurch den geeigneten Zeitpunkt für Lohnforderungen festzusetzen. Auch für unseren Beruf sei der eigene Nachweis von großer Bedeutung und müsse es unserer Bestrebungen sein, sobald wie möglich ein Bureau zu mieten und einen Arbeitsnachweiser anzustellen, der wirtschaftlich nicht vom Prinzipal und der Arbeit abhänge, sich dann mit voller Kraft dem neuen Amt und der Agitation, die derselbe mit versehen müßte, zu widmen vermag. Nachdem der Referent noch die übrigen größeren Zahlstellen unseres Verbandes anführte und betont, wie sich gerade die Zahlstellen, die sich stets um den Arbeitsnachweis bemüht und kein Opfer geldent haben, um denselben auszubauen, heute die größten Mitgliederzahlen aufweisen und demzufolge auch die besten Arbeitsbedingungen besitzen, empfiehlt er der Versammlung, den Arbeitsnachweis Dresdens in seiner jetzigen Gestalt aufzuheben und dafür einen solchen nach dem Vorbilde der anderen großen Zahlstellen zu begründen. Natürlich wäre es notwendig, durch einen Vorkaufschlag die Kosten desselben zu decken; die Mitglieder aber müßten schon im eigenen Interesse bereit sein, dieses kleine Opfer zu bringen, denn schon nach kurzer Zeit werde man sich von dem Nutzen desselben überzeugt haben. Der Referent erntete für seinen Vortrag reichen Beifall. Zwar erhoben sich in der nachfolgenden lebhaften Diskussion auch einige ängstliche Stimmen, welche kein großes Vertrauen zu der ganzen Sache hatten und sie gern noch aufgehoben wissen wollten. Doch erfolgte auf Wunsch der Versammlung die Abstimmung, deren Resultat ergab, daß dem Antrag der Agitationskommission, die Neuregelung nach dem Vorschlag des Referenten auszuführen, stattzugeben sei. Unter Punkt 2 der T.-D. bedauert Kollege Herrmann das Verhalten der Kollegen der Zahlstelle II Berlin, die schon wieder kurz nach dem Verbandstage den Krieg erklärt habe und sich weigere, sich an der Belegung der Posten zum Verbandsvorstand zu beteiligen. Die ganze Feindseligkeit rühre nur daher, daß Zahlstelle II wieder mit einigen Beschläffen des Verbandstages nicht einverstanden sei und nun die gekränkte Leberwurst spiele; ihr ganzes Verhalten läuft nur darauf hinaus, den Verwaltungsapparat lahmzulegen. Kollege Krumpert tadelt ebenfalls in längeren Ausführungen das Verhalten der Zahlstelle II, welche die Eigeninteressen über die Gesamtinteressen stellt. Sie beweist jetzt, daß der Münchener Delegierte zu seinen Vorwürfen auf dem Verbandstage vollauf berechtigt war. Der letzte Versammlungsbericht der Zahlstelle II liefere ebenfalls den besten Beweis dafür. Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an: Die heute am 15. August im Volkshaus tagende Versammlung der Zahlstelle Dresden verurteilt aufs schärfste das Verhalten der Kollegen der Zahlstelle Berlin II betreffend der Wahlen zum Zentralvorstand. Sie erblickt hierin eine Schädigung der Allgemeinheit, da durch die Verzögerung der Wahlen die viele und dringende Arbeit, welche der Verbandsvorstand nach bis zum 1. Oktober zu erledigen hat, aufgeschoben wird, was in Bezug auf Agitation ebenfalls zutrifft. Wir erwarten überdies, daß die Kollegen der Zahlstelle Berlin II ihre Voreingenommenheit gegen die Verbandsvorstände, welche nur von einigen Kollegen herleitet, fallen lassen, damit ein erprobliches Anwesenarbeiten möglich ist. Kollege Friedrich ermahnt die Mitglieder, etwaige Reste bis zum 1. Oktober zu begleichen, da sonst durch die Reste Verlust der Mitgliederrechte entsteht. Sodann wurde noch über die Sonderorganisation der Steinbleicher in Berlin gesprochen und erfolgte hierauf der gutbelustigen Versammlung. Die nächste Versammlung findet am Sonabend, den 9. September statt.

Rundschau.

Vom 6. bis 8. August fand in Dresden die zwölfte Jahresversammlung des Zentralverbandes der deutschen Krankenkassen statt. Der Rat zu Dresden, sowie die Landesversicherungs Sachverständigen hatten ihr Nichterscheinen mit den bekannten dringenden Geschäften entschuldigen lassen, dagegen war von der sächsischen Regierung ein Oberregierungsrat angewandt. Dieser und mit ihm viele andere mögen sich über die reichliche Besichtigung gewundert haben, war doch von der Reichsregierung den Krankenkassen verboten worden, aus Mitteln Gelder für die Delegierten zur Jahresversammlung des Zentralverbandes der Krankenkassen zu bewilligen. Aber wie ja schon häufig das Beste gewollt und das Gute getan worden ist, so hatte auch hier das Verbot den Erfolg, daß 44 Delegierte mehr anwesend waren, als auf dem vorjährigen Kongress in München, der von 250 Delegierten besucht war. Vertreter waren 2,557,000 Versicherte. Die Generalversammlung erhob einmütigen Protest gegen den Versuch der Regierung, die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu beschränken und wohl gar ganz zu nehmen. Lebhaftes Interesse erregte der Vortrag des Herrn Sedow über die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung; die verschiedenen Einwürfe gegen die Krankenkassen wies er energisch zurück und die Forderung der Verträge nach offizieller Vertretung in den Krankenkassenvorständen stellte er als völlig unbegründet und unhaltbar hin. Er stellt dann die Reformbewegungen bezüglich des Krankenkassengesetzes und der Arbeiterversicherung überhaupt als noch in ziemlich weiter Ferne schwebend dar, denn bei dem Schnelgange der amtlichen Vorarbeiten und der parlamentarischen Erleichterung dürften zehn Jahre vergehen, ehe ein greifende Veränderungen zustande kommen würden. Wenn die notwendige und erwünschte Vereinheitlichung nur um den Preis der ohnehin so eng begrenzten Selbstverwaltung kommen sollte, mühte man eben darauf verzichten. Was die Frage der Parteigängerei betrifft, so soll bei den Arbeitgebern in den Kassenvorständen angefragt werden, ob diesen Fälle bekannt wären, wonach schon einmal Kassennittel zu sozialdemokratischen Zwecken Verwendung gefunden oder die Anstellung von Kassenebeamten nach ihrer Parteigehörigkeit erfolgt sei. Ein Antrag, die Erhebung der Invalidenträge einheitlich durch die Krankenkassen vornehmen zu lassen, fand einstimmige Annahme, ebenso eine Resolution an Reichstag und Bundesrat, die sich gegen die Auslegung des Krankenkassengesetzes richtet, wie sie jetzt von der Regierung geübt wurde bei Verneinerung der Mittel zur Reichung der Generalversammlung. Zum Schluß kam die sehr kritische Frage der Regelung der Pensions-, Anstellungs- und Gehaltsbedingungen für die Kassenebeamten zur Beratung. Die in München gefassten Beschlüsse sind nur in kleinem Umfange durchgeführt worden, sie wurden als übereilt anerkannt. Es kam in dieser Sache zur einstimmigen Annahme folgender Resolution:

„Die Jahresversammlung erklärt sich im Prinzip für den Aufbau der Organe und für die tarifliche Vereinbarung nach der diesjährigen Vorlage der paritätischen Kommission. Diese Institutionen werden gebildet, wenn durch die paritätische Kommission in Gemeinschaft mit der gleichführenden Stelle der nächstjährigen Jahresversammlung das Resultat der Nachprüfung der Münchener Beschlüsse vorgelegt und durch diese angenommen ist.“

Mit der Arbeit der Jahresversammlung kann man sich im Großen und Ganzen wohl zufrieden erklären.

Wegen die Fleischnot haben 29 Stadtgemeinden der Provinz Schleswig-Holstein Abwehrmaßregeln verlangt in einer Eingabe an den Reichskanzler. Das Münchener Gemeindefakultät beantragt, bei der Regierung zwecks Linderung der italienischen Grenzen vorstellig zu werden; das Rhod Schweinefleisch kostet dabei 1,15 Mk. In Breslau protestierte gegen die Fleischnot eine starkbesuchte Volksversammlung, sie forderte vom Staate Linderung der Grenzen, von der liberalen Stadtverwaltung die Suspendierung der städtischen Schlachtsteuer. Das letztere beantragte auch eine starkbesuchte, impoante Volksversammlung in Aachen. Unter den deutschen Großstädten ist Aachen die Stadt mit dem arbeitslosesten Proletariat, mit den geringsten Löhnen und den höchsten Schweinefleischpreisen. Zentrum ist dort Trumpf.

Zur Ausperrung in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie ist es infolge Nachgebens der Arbeiterschaft nicht gekommen. Die Härbereiarbeiter haben das Angebot der Unternehmer angenommen, trotzdem es keinesfalls ihren Forderungen entsprach.

Die Halberstädter Handbinder haben, 500 an der Zahl, nachdem alle Versuche, auf gutlichem

Wege ein Zugeständnis zu erreichen, an dem Widerstande der Unternehmer gescheitert sind, einmütig die Arbeit eingestellt. Für den Handbindermacherverband ist diese Lohnbewegung infolge von größter Bedeutung, als in Halberstadt der letzte Teil seines gesamten Mitgliederstandes oder ungefähr ein Achtel aller in Deutschland vorhandenen Handbindermachergehilfen beschäftigt wird.

Die Solzarbeiter in Köln, Wühlheim und Staff sind in einer Zahl von 800 in den Ausstand getreten, nachdem eine Unternehmervereinbarung den eingereichten Lohnantrag abgelehnt hat.

Die Bewegung der Kartonschleifer in Nürnberg ist ohne Streit erledigt worden. Es kam eine Tarifvereinbarung zustande, wodurch eine Verfüzung der Arbeitszeit und Festsetzung eines Mindestlohnes erzielt wurde. Für Arbeiterinnen wurde ein allgemeiner Lohnzuschlag von 5 pCt. gewährt.

Die Ausperrung der Rührer in Berlin ist jetzt infolge in ein neues Stadium getreten, als die Ausgeperrten auf ihre Forderung: Anerkennung des Arbeitsnachweises der Organisation, Verzicht leisten wollen mit der Maßgabe, daß dann auf Grund der übrigen Forderungen ein Vertrag zustande käme. Der Vorstand des Unternehmerverbandes hat darauf der Streikleitung geantwortet, die Unternehmer seien nicht in der Lage, sämtliche anderen Forderungen noch zu bewilligen. Die Streikenden beschloßen darauf, den Unternehmern ihre reduzierten Forderungen erneut gedruckt zuzustellen.

Zum Kampf im Baugewerbe in Weisbaden und Rheinland ist zu berichten, daß die Bundesversammlung der Unternehmer beschloßen hat, mit den Arbeitern in Einigungsversandlungen einzutreten.

Die Bauarbeiter Münchens haben nach achtwöchentlichem hartem Kampfe den Angriff der Unternehmer auf das Koalitionsrecht abgelehnt. Haben sie auch nicht in der Lohnfrage das erreicht, was sie sich zum Ziele stellten, so haben sie doch den Erfolg, den Arbeitgeberverband von München und Umgegend von seinem Ausperrungsstieber ein für allemal gebeit zu haben.

Ans Treichl wurden 50 Italiener, die als Streikbrecher von den Bauunternehmern angeworben waren, auf Grund der neuesten Verfügung des bayerischen Regierungspräsidenten über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter ausgewiesen, nachdem sie dieselben Löhne verlangten, wie sie die Streikenden fordern. Ob diese Verfügung wohl auch zur Anwendung gelangt wäre, wenn diese Italiener, wie es sich für „brave“ Ausländer geziemt, ihren deutschen Kollegen in den Rücken gefallen wären?

Der Streik der Alsbürger Werstarbeiter ist nach 14-wöchentlicher Dauer ergebnislos ausgefallen.

Auf der Suche nach arbeitswilligen Steinbrüchern für die Firma Hermann Schött in Rheindorf ist ein früherer Oberbrucker der Firma. Der Mann heißt Otto Marx und wohnt in Rheindorf. Es sei darauf hingewiesen, daß sich 68 Steinbrücker der Firma im Auslande befinden. Bis jetzt sind schon vier Berliner Kollegen nach Rheindorf gereist, wovon allerdings drei sofort wieder abfahren, als sie von der wahren Sachlage unterrichtet waren. Es wird dringend erlucht, auf etwaige Versprechungen nicht hineinzufallen.

Die Buchbinder und Arbeiterinnen der Firma Sturz in Würzburg sind in den Streik getreten.

Das Leipziger Gewerkschaftsrat hat beschloßen, der zu gründenden Rührorganelle für lungenkranke Arbeiter durch entsprechende Unterstützung beizutreten. Der von Jahr zu Jahr zu leistende Beitrag soll etwa 1000 Mk betragen. Von den Gewerkschaften werden zwei Vertreter in das Kuratorium der Rührorganelle gestellt.

Meatlohn. Wohl jeder unserer Leser hat dieses Wort schon gehört, es aber in seiner ganzen Bedeutung zu erfassen, dazu gehören schon Zeiten, die, wie die jegliche, eine derartige Verteuerung aller notwendigsten Lebensmittel bringen, daß der Ar-

beiter mit seinem so schon geringen Lohn nicht weiß, auf welche Art er sein Auskommen finden soll. Nicht der nominelle Verdienst, d. h. der mit Markt und Pfennigen bezzeichnete Lohn macht den Wert aus, sondern die Güte und Menge der Waren, die man für den Lohn anschaffen kann. Wer sich darüber klar ist, kann nur mit Leichtigkeit überleben, daß ein Wochenlohn von 20 Mk. heute nicht mehr den Wert hat, den er vor einem Jahre noch hatte; der reale Wert des Lohnes ist gesunken und also haben wir eine Lohnverfüzung erlitten; da wir nun nicht mehr Lohn haben, wir also weniger kaufen können als bisher, müssen wir unsere Bedürfnisse einschränken und unsere Ansprüche an das Leben verringern. Nachstehend geben wir unseren Lesern ein Bild von den behördlichen Marktnotierungen dieses Jahres, wobei noch zu bemerken ist, daß die Preise in den Lebensmittelgeschäften noch höhere sind. Es folgte ein Mißtagung

	Rindfleisch v. d. Keule	Schweinefleisch v. Waage	Kalb- fleisch	Lamm- fleisch
Januar	142	121	135	143
Februar	142	121	137	143
März	143	121	140	142
April	141	123	146	144
Mai	146	124	151	147
Juni	148	126	155	147

Zeit Ende Juni sind nun aber, wie unsere Hausfrauen wissen, noch erhebliche Preissteigerungen eingetreten und außer Fleisch weisen andere Konsumartikel, als Butter und Eier einen ganz außergewöhnlich hohen Preis auf, wie man ihn sonst im Sommer noch nie gehabt hat. Der Preis für Wehl ist ebenfalls um 12 Mk. pro Doppelzentner gestiegen und daher weisen Brot und Nachware jetzt ähnliche Größen- oder richtiger Kleinverhältnisse auf, als im Jahre 1892, ehe Caprioli die Grenzen öffnen ließ. Was diese Teuerung für den Arbeiter bedeutet, kann nur der ermessen, der es selbst erlebt, der es am eigenen Leibe empfindet, daß die Lebenshaltung, die bisher schon kaum das Nötigste enthielt, nun noch mehr beschränkt werden muß. Und doch sind wir noch lange nicht auf dem Tiefstand angelangt. Wenn erst im Februar 1906 der Hungertarif in Kraft tritt, dann sinkt der Reallohn abermals um ein Bedeutendes. Unsere hochwohlwollende Regierung gibt sich wirklich alle erdenkliche Mühe, das Volk zur Anpruchslosigkeit zu erziehen, d. h. es verelenden zu lassen und zwar zu Gunsten einer Klasse, die es bis jetzt in der Ausbeutung ihrer, der sächlichen Arbeiter herrlich weit gebracht hat und nun daran geht, auch das industrielle Proletariat als Verbraucher ihrer Erzeugnisse auszubeuten. Eine alte Wahrheit sagt, daß nur durch ein fauffräftiges Proletariat die Industrie blühen kann; diese wird also ebenfalls die Folgen der Ausbeutung zu spüren bekommen und wenn es sich so fortentwickelt, wird unser „blühendes, deutsches Vaterland“ bald seinem östlichen Nachbar gleichen. Doch es geschieht um eines edlen Zweckes willen; die „Strohackelnden“ Junker könnten sonst am Ende keinen Sekt mehr trinken. G. L.

Verfammlungsanzeigen.

Zahlstelle Dresden. Sonnabend, den 9. September, abends 1/2 11 Uhr: **Mitglieder-Verammlung.** Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Bericht der Stellvertreter und Rechnung. 3. Gewerkschaftliches. Die Verammlung findet im kleinen Saale des Volkshauses statt.

Achtung, Hilfsarbeiterinnen! Zahlstelle I Berlin. Der jüdischen Feiertage wegen müssen wir an folgenden Tagen unseren Arbeitsnachweis nach Sendelstr. 11, **Restaurant Henning**, verlegen und zwar am 1., 9., 23., 26. und 30. September. Die Telefonnummer bleibt dieselbe. Dies zur Kenntnis. **Der Vorstand.**

Neu eröffnet! Oranienstr. 103, Hof Quergebäude.
Restauration, Saal zur Fabrik- und Werkstatt-
sitzungen, mehrere grosse u. kleine Vereinszimmer.
Gr. Mittagstisch (wie früher).

Um regen Zuspruch bittet

Telephon Amt IV, 5652.

Richard Augustin.